Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 656
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Musestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
89. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers

Nr. 142 — Dienstag, den 21. Juni — 1927

Der französische Außenminister Briand hat abgewirtschaftet

Am Donnerstag beginnt die außenpolitische Debatte im Reichstag — Der Reichsfinanzminister erklärt, daß von Zuschüssen des Reiches zur Beamtenbesoldungserhöhung der Länder und Gemeinden keine Rede sein könne — Die Sparkassengläubiger dürfen auf eine über 12½prozentige Aufwertung hoffen

Stresemann hat das Kabinett hinter sich

Das Reichskabinett nahm in seiner gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Bericht des Reichsaußenministers über die Tagung des Völkerbundrates und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen. Er sprach der deutschen Delegation den Dank für ihre Bemühungen aus und stellte die Grundzüge fest, nach denen die eingebrachten Interpellationen über die Außenpolitik beantwortet werden sollen.

Der Reichspräsident empfing darauf den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zum Vortrag über die Tagung des Völkerbundrates.

Wie verlautet, hat der Verlauf der Besprechung gezeigt, daß das Kabinett in allen wesentlichen Punkten mit der Haltung der Delegation einverstanden ist. Besondere Wichtigkeit wird man dem Schlußsatz der amtlichen Mitteilung beimessen können. Es geht aus ihm hervor, daß das Kabinett von vornherein die Verantwortung für die Erklärungen mit übernimmt, die der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in der bevorstehenden Aussprache des Reichstages über die Genfer Tagung abgeben wird.

*

Eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien

Von parlamentarischer Seite hören wir, daß die Regierungsparteien sich während der außenpolitischen Debatte im Reichstage auf eine gemeinsame Erklärung beschränken werden, um damit zu dokumentieren, daß innerhalb der Regierungskoalition entgegen den Berichten der oppositionellen Presse keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. In dieser Erklärung wird die Haltung der deutschen Delegation in Genf gebilligt und zugleich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Verschleppung der Räumungsfrage einen Bruch der Deutschland gemachten Versprechungen bedeute.

Aussprache über das Schankstättengesetz

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung stand die erste Beratung des Entwurfs eines Schankstättengesetzes.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius begründet den Entwurf in längeren Ausführungen. Der vorliegende Gesetzentwurf wolle die vorhandene Lücke ausfüllen.

Eine Trockenlegung Deutschlands lehne die Regierung ab.

Auch von der Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes hat die Regierung in Uebereinstimmung mit dem vorjährigen Reichstagsbeschluß Abstand genommen. Der vorliegende Entwurf will einer übermäßigen Vermehrung der Schankstätten vorbeugen, indem die Erlaubnis-Erteilung erschwert wird.

Wir glauben damit, dem Ziel der Volksgesundheit und der Erhaltung eines mittelständischen Gastwirtsgewerbes zu dienen.

Abg. Frau Schulz-Westfalen (Soz.) äußert große Enttäuschung über den vorgelegten Entwurf. Die Verlängerung der Polizeistunde sei eine ganz verfehlte Maßnahme gewesen. — Abg. Frau Philipp-Baden (Ztr.) führt aus: Die Gefahren des Alkohols für die Jugend sei gar nicht hoch genug einzuschätzen und im Interesse des anständigen Gastwirtsgewerbes selbst sei eine strenge Prüfung des Bedürfnisses notwendig.

Sodann erklärte der Abg. Mollath (Wirtschaftl. V.), das Gesetz sei für seine Freunde unannehmbar.

Frau Abg. Arendsee (Kom.) bezeichnet die Vorlage als ein Verlegenheitsprodukt der Regierung. — Der Abg. Spaarer (Dem.) erklärt, die Demokraten würden bei der Bekämpfung des Alkoholverbrauchs positive Mitarbeit leisten. Das Gesetz selbst werde hoffentlich die von den Gastwirten gewünschte Ausmerzung unanständiger Elemente fördern.

Abg. Schirmer-Franken (Bayr. V.) spricht sich für den Schutz der Jugend und die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs aus, äußert aber Bedenken gegen einige Bestimmungen des Entwurfes.

Abg. Rippel (Dnat.) bezeichnet den Entwurf als eine geeignete Grundlage für die Verbesserung des Schankkonzessionswesens.

Mit 159 gegen 118 Stimmen wird im Hammelsprung die Ueberweisung des Gesetzentwurfs an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß beschlossen.

Des Volkes Geburtstagsgabe für Hindenburg

Statt teurer Feiern — Wohltätigkeit

In einer seiner letzten Sitzungen hat sich das Reichskabinett auch mit der Feier des 80. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg am 2. Oktober dieses Jahres beschäftigt. Es ging dabei von der Auffassung aus, daß das deutsche Volk es sich nicht nehmen lassen wird, dem Herrn Reichspräsidenten anläßlich seines Ehrentages erneut seine Anhänglichkeit und Verehrung zu bezeugen. Andererseits ist die Reichsregierung aber

überzeugt, im Sinne des Herrn Reichspräsidenten zu handeln, wenn sie von kostspieligen allgemeinen Feiern aus diesem Anlaß Abstand nimmt

und den guten Wünschen zu dem Geburtstag eine Form gibt, die dem Ernst der Zeit und der Not unseres Volkes Rechnung trägt.

Um jedem Deutschen daheim und draußen die Möglichkeit zu geben, seiner dankbaren Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, haben die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder beschlossen, eine

Hindenburgspende

zu veranstalten, die dem Herrn Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstag übergeben werden soll. Sie sind gewiß, den Wünschen des Herrn Reichspräsidenten entgegenzukommen, wenn sie ihm vorschlagen werden, die aufgekommenen Mittel in erster Linie dem Personenkreise zugute kommen zu lassen, der ihm besonders nahesteht, nämlich

den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Neben der Sammlung von Spenden, die in Verbindung mit den großen Spitzenorganisationen des Wirtschaftslebens usw. durchgeführt werden soll, ist die Ausgabe einer

Hindenburgbriefmarke

in Aussicht genommen. Sie soll weiteren Kreisen die Möglichkeit der Beteiligung an dem Geburtstagsgeschenk für den Reichspräsidenten geben. Ihr Erlös ist vorzugsweise

für schwer-notleidende Mittelstandsangehörige, Sozialrentner usw.

bestimmt. Nähere Mitteilungen, vor allem auch über die Annahmestellen von Spenden, werden erfolgen, sobald die in Gang befindlichen Besprechungen abgeschlossen sind.

Wenn nur Moskau zufrieden ist!

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetpresse sich anerkennend über die deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion in den letzten Wochen äußert. Der Versuch Chamberlains, Deutschland für eine Stellungnahme gegen die Sowjetunion zu gewinnen, sei mißlungen, da die deutsche Außenpolitik dem Berliner und dem Rapallovertrage treu geblieben sei. Die Sowjetregierung werde ihrerseits nichts unterlassen, um die beiderseitige Freundschaft zu pflegen.

Der Sieg der Nebenregierung in Oberschlesien

Durch Dekret des polnischen Staatspräsidenten wurde gestern die noch bis Oktober laufende Session des Schlesischen Sejm, der sich am Mittwoch mit den Enthüllungen über den polnischen Terror in Ostoberschlesien befassen sollte, für geschlossen erklärt, was einer Auflösung gleichkommt.

Die polnische Regierung hat damit einem Wunsche der Aufständischen nachgegeben, was deutlich erkennen läßt, daß sie nicht gewillt und in der Lage ist, dem Rechte und der Wahrheit in Ostoberschlesien zum Siege zu verhelfen.

Verantwortung

Die Begebenheiten, Entscheidungen und Versäumnisse der letzten Genfer Ratstagung liegen so klar auf der Hand, daß es sich erübrigt, sie nochmals zu bewerten. Wenn diese Ratstagung wirklich etwas Neues erbrachte, etwas, was zu einem gewissen Erstaunen berechtigt, so ist dies nur die tiefe Enttäuschung, die uns die Persönlichkeit Briands erbrachte. In der Tat, das „Problem Briand" ist das einzig Erschütternde dieser letzten Genfer Tagung. Man vergegenwärtige sich: Einige Tage, bevor sich der französische Außenminister nach Genf begab, fand in Paris eine Sitzung des Kabinetts statt. In dieser Sitzung sprach Herr Briand ganz offen und ehrlich seine Gedanken und Ueberzeugungen hinsichtlich seiner Locarno-Politik aus. Er machte kein Hehl daraus, daß er den neuen Kurs, der mit Locarno einsetzen sollte, als den einzig möglichen Ausweg aus der Krise Europas ansah. So hat man das, was Herr Briand im französischen Ministerrat sprach, als sein eigenes politisches Programm, als die politische Mission, zu der er sich bekannte, aufzufassen. Dieses Programm Briands fand im Kabinett Poincarés nicht die Billigung, deren es bedurfte, um Tat und Wirklichkeit zu werden. Poincaré und noch mancher andere waren anderer Meinung. So kam der Beschluß zustande, den Delegierten dieses Kabinetts für Genf, Herrn Briand, mit gebundener Marschroute und mit gebundenen Händen zu entlassen. Und hier wird das Unmögliche Tatsache: Der Staatsmann Briand verläßt den Boden seines Programms und beugt sich der Politik, der man den Begriff „Poincaré" zu geben hat. Was schließlich besagt, daß der Staatsmann Briand sich nicht für das, was er als seine eigene Politik bezeichnet, seine eigene Mission, seine eigene Lebensaufgabe, verantwortlich fühlt. Er ging nach Genf, nicht als der Briand, den wir kennen, sondern als der Abgesandte des Herrn Poincaré. Wurde übellaunig und krank (die Wahrheit der Krankheit soll nicht bestritten werden), als er sich zu konkreten Punkten seiner Locarno-Politik bekennen sollte — und reiste ab. Wir haben nicht gehört, daß Briand nach seiner Rückkehr in Paris Herrn Poincaré seine Demission anbot, die Bitte um Entlassung einreichte, da seine Politik von der Mehrheit der Regierung, deren Mitglied er war, nicht akzeptiert wurde. Man muß die Frage stellen: Wie verhält sich dieses Verhalten Briands zu der Verantwortung eines jeden Staatsmannes für seine Ueberzeugung, für sein politisches Programm? Man hat zu antworten: Der Staatsmann Briand ist tot, denn er verzichtet darauf, für seine Worte als offizielle Persönlichkeit Frankreichs einzustehen.

Ein Vergleich sei gestattet: Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann bekannte sich fast mit denselben Worten, wie Briand es tat, zur Locarno-Politik und den Ideen, die sie tragen sollen. Waren die Schwierigkeiten, die sich der Locarno-Politik Stresemanns in Deutschland entgegenstellten, etwa geringer als die, gegen die Briand anzukämpfen hatte? Wohl kaum. Aber Herr Stresemann kämpfte für seine Idee, er